



BIG BROTHER - SPARKASSE BAD KISSINGEN

Big Brother mit Beschäftigten

Kissinger Sparkasse soll Mitarbeiterin bespitzelt haben

Von Uwe Ritzer

Bad Kissingen – Eigentlich sollen Überwachungskameras in Banken Räuber abschrecken oder zu identifizieren helfen. In einer Filiale der Sparkasse Bad Kissingen sollen entsprechende Aufzeichnungen jedoch dazu missbraucht worden sein, eine Mitarbeiterin auszuspitzeln und wegen ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit unter Druck zu setzen. Diesen Vorwurf erhebt die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi und stützt sich auf eidesstattliche Versicherungen zweier Mitarbeiter. Damit eskaliert der ohnehin schon beispiellose Konflikt um die beiden Sparkassenvorstände, deren sofortige Ablösung Bad Kissingens Oberbürgermeister Karl-Heinz Laudenbach (parteilos) immer lauter fordert. Er sprach gestern von einem „ungeheueren Vorfall“.

Dieser spielte sich in der Niederlassung Burkhardroth ab. Dort legte die Bankangestellte Claudia E. (Name geändert) im Schalterraum Verdi-Flugblätter aus, auf denen zur Teilnahme an einer Demonstration gegen die Sparkassenvorstände Rolf Walter und Bernd Stenzel aufgerufen wurde. Ihnen wird vorgeworfen, in Zusammenhang mit notwendigen Kostensenkungen Beschäftigte massiv zu mobben und bereits 123 von ihnen auf diese Weise zur Kündigung getrieben zu haben (die SZ berichtete). Claudia E. wurde wegen des Auslegens der Flugblätter von einem Vorgesetzten zur Rede gestellt. Laut ihrer eidesstattlichen Versicherung, die der *Süddeutschen Zeitung* vorliegt, drohte er ihr massiv mit Konsequenzen und stellte „die weitere Zusammenarbeit“ in Frage.

Der Vorgesetzte verfügte dabei über erstaunlich detaillierte Kenntnisse, wann E. die Zettel ausgelegt hatte. Dabei war sie zum fraglichen Zeitpunkt alleine im Schalterraum. Eine Erklärung liefert die eidesstattliche Versicherung von Hausmeister Franz L. (Name geändert), die der SZ ebenfalls vorliegt. Darin schildert er detailliert, wie ein Vorgesetzter vor knapp zwei Wochen unter einem Vorwand die Aufzeichnung der Burkhardrother Überwachungskamera ansah. Tags darauf seien zwei Mitarbeiter der Innenrevision der Sparkasse gekommen, um ihrerseits die Aufnahmen zu begutachten. Einer von ihnen habe ausdrücklich er-

klärt, im Auftrag des Vorstands zu handeln. Der Hausmeister schildert, er habe die Überwachungsgeräte so einstellen müssen, dass die beiden Revisoren Bilder ausdrucken konnten. Ihn hätten sie dann aus dem Raum geschickt.

Der Vorstand der Sparkasse räumte den Vorgang auf Nachfrage ein. Man habe aber niemanden bespitzeln, sondern mit Hilfe der Kameras lediglich klären wollen, wer Prospektmaterial der Sparkasse gegen das von Verdi ausgetauscht habe, erklärte Vorstandschef Walter. So sei die Mitarbeiterin identifiziert worden, und obwohl es sich bei ihrer Aktion um einen „eindeutigen Rechtsbruch“ gehandelt habe, habe man „keinerlei disziplinarische Maßnahmen“ ergriffen. Von „einem eklatanten Verstoß gegen Datenschutz und Mitbestimmungsrechte und übelsten Stasi-Methoden“ spricht hingegen Verdi-Bezirkssekretär Reinhold Schömig. Weshalb die Gewerkschaft gestern vor das Verwaltungsgericht zog mit dem Ziel, dem Vorstand solche Auswertungen der Videoaufzeichnungen zu verbieten. Claudia E. habe nicht unrechtmäßig gehandelt; der Videobeweis sei aber ein eklatanter Eingriff in ihre Persönlichkeitsrechte, heißt es zur Begründung.

Damit hat der Sparkassen-Konflikt zehn Tage, nachdem bei der von Claudia E. beworbenen Demo weit mehr als 1000 Menschen die Ablösung der Vorstände Walter und Stenzel verlangt haben, einen neuen Höhepunkt erreicht. Mit Spannung wird die Sitzung des Verwaltungsrats am Freitag erwartet. Nur das Aufsichtsgremium kann die beiden Vorstände abberufen. Bislang steht eine CSU-Mehrheit aber fest zu ihrem Parteifreund Walter. Sie ließ den Verwaltungsratsvorsitzenden und Bad Kissinger OB Laudenbach bislang mit seinen Forderungen ins Leere laufen, die beiden Vorstände abzu-berufen. Jetzt legt der parteilose OB kräftig nach. „In der jetzigen Konstellation gibt es keine Zukunft mehr“, sagte Laudenbach am Montag. Angesichts der Überwachungs-vorwürfe, des heillos zerrütteten Verhältnisses zwischen Vorstand und Belegschaft, der großen Resonanz der Demo und der Tatsache, dass wegen der Mobbing-Vorwürfe inzwischen „massenweise Kunden davonlaufen“, gebe es keine Alternative zur Ablösung der beiden Vorstände, sagte er.